

PRO ASYL DER EINZELFALL ZÄHLT.

PRO ASYL
Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für
Flüchtlinge e.V.

Postfach 16 06 24 · 60069 Frankfurt/Main
Telefon (069) 24 23 14-0 · Fax (069) 24 23 14-72
proasyl@proasyl.de · www.proasyl.de

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN DE62 3702 0500 0008 0473 00
BIC BFSWDE33XXX

Frankfurt am Main, 17.01.2017

Papier grüner Landespolitiker zur „Rückführung nach Afghanistan“

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Ende letzter Woche kursiert das Papier führender grüner Landespolitiker zur „Rückführung nach Afghanistan“ in der flüchtlingspolitischen Szene und löst Unverständnis und Verärgerung aus. Es kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem gerade eine neue Einschätzung des UNHCR vorliegt, die die dramatische Lage mit neuer Dringlichkeit beschreibt. Der schleswig-holsteinische Innenminister hat vor diesem Hintergrund das Thema der Afghanistan-Abschiebungen erneut aufgegriffen und einen Abschiebestopp öffentlich erwogen, der sich vor dem Hintergrund der veränderten Lageschilderung aufdrängt. Der Bundesinnenminister nimmt in seiner Entgegnung auf die zentralen neuen Argumente kaum Bezug und wiederholt alte Argumentationen zu den angeblich sicheren Regionen in Afghanistan, die sich nicht auf belastbare Fakten stützen. In Verbindung mit der zurückhaltenden Haltung weiterer Bundesländer zur Beteiligung an Afghanistan-Abschiebungen stand damit das Tor für eine vernünftige und kritische Positionierung der Grünen weit offen. Eine klare Positionierung hätte die politischen Gewichte in dieser Frage durchaus verschieben können, denn dem Bundesinnenminister gingen die Argumente für Abschiebungen nach Afghanistan sichtlich aus.

Das jetzt verabschiedete Papier der Grünen ist unqualifiziert, weil es offenbar die neuen Einschätzungen des UNHCR zur Sicherheitslage, wie auch andere Fakten, nicht zur Kenntnis nimmt. Das Papier liefert ein wenig pflichtgemäße Besorgnis über Afghanistan-Abschiebungen als ritualartig ab, kann aber unter dem Strich nur als ausdrückliche Bejahung des BMI-Kurses für einen verschärften Vollzug von Abschiebungen nach Afghanistan gelesen werden. Das zeigen auch die medialen Reaktionen.

Wie kann es sein, dass ausgerechnet die Grünen, die wir vor wenigen Tagen nochmals zu einer klaren Haltung aufgefordert haben, ein solches Papier länderübergreifend als gemeinsame Position beschließen, in einer Situation, in der UNHCR die Bewertung geliefert hat, dass das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifikationsrichtlinie erschüttert sei und keine sicheren Gebiete innerhalb des Landes ausgemacht werden könnten? Damit sind die Argumente aus menschenrechtlicher Perspektive absolut auf Seiten derer, die Abschiebungen nach Afghanistan grundsätzlich ablehnen und auch auf die Risiken erzwungener, angeblich freiwilliger Rückkehr hinweisen. Die Haltung der Grünen, jetzt vorrangig für eine freiwillige Rückkehr zu werben, setzt lediglich kleinstmütig auf eine Variante, nach der die Abzuschiebenden am besten aus „eigener Einsicht“ ihrer Abschiebung zuvorkommen sollen. Kommen solchermaßen vor dem Hintergrund verschärften Ausreisedrucks in „erzwungener Freiwilligkeit“ Ausreisende zu Schaden, dann wird sich die Frage nach der grünen Verantwortung erneut stellen.

Der Offenbarungseid der Grünen ist das dann folgende Bekenntnis: „Wo eine freiwillige Ausreise scheitert, müssen jedoch auch zwangsweise Rückführungen per Abschiebung erfolgen.“ Angesichts der Lage in Afghanistan ist die Forderung nach einer Einzelfallprüfung, wie sie das Grünen-Papier stellt, lediglich die Begleitmusik für das grüne Einverständnis zur verschärften Wiederaufnahme von Abschiebungen nach Afghanistan.

Mehr als 12 Jahre lang wurden Abschiebungen nach Afghanistan faktisch – mit der Ausnahme von Straftätern – nicht durchgeführt, obwohl es nie zu einem förmlichen IMK-Beschluss gekommen ist. Die ganze Zeit über haben PRO ASYL und die Flüchtlingsbewegung gefordert, aus diesem Schwebezustand die ausländerrechtlichen Konsequenzen zu ziehen und die Situation der afghanischen Staatsangehörigen zu klären. In der Zwischenzeit erhielten viele afghanische Flüchtlinge Leistungskürzungen oder Arbeitsverbote, wenn sie sich aus Angst vor einer immer noch drohenden Abschiebungsperspektive keine Passpapiere besorgen wollten. Jetzt, am Ende einer jahrelangen Strategie der organisierten Verantwortungslosigkeit, die immer von der Idee ausging, es gehe in Afghanistan bezüglich der menschenrechtlichen und sicherheitsrelevanten Entwicklung aufwärts, finden sich Bündnis 90/Die Grünen auf der Seite derer, die nun wirklich zum absolut falschen Zeitpunkt – trotz verschlechterter Sicherheitslage – abschieben wollen.

Abschiebungen nach Afghanistan sind nicht möglich, weil eine Rückkehr nicht zumutbar und insofern rechtlich nicht vertretbar ist – dies ist ein politisch vertretbarer Standpunkt, der sogar die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für afghanische Flüchtlinge ermöglicht und den sich etwa das Bundesland Bremen zu Eigen gemacht hat.

Die Grünen könnten anders reagieren und die Vorlagen aus Schleswig-Holstein und Bremen aufgreifen. Stattdessen tun sie so, als gäbe es keinen Handlungsspielraum für die Länder. Nach dem neuesten UNHCR-Bericht wäre die Forderung nach einem bundesweiten Abschiebungsstopp und der Wiederaufnahme aller Asylverfahren afghanischer Flüchtlinge, die in der Vergangenheit abgelehnt worden sind, konsequent. Stattdessen referiert das Grünen-Papier submissiv die Zuständigkeit des Bundes für die Bewertung der Sicherheitslage in Afghanistan. Wenn der Bundesinnenminister für die Grünen in der politischen Auseinandersetzung die

oberste Instanz in Menschenrechtsfragen ist, dann machen sich die Grünen in diesem Politikfeld selbst entbehrlich. Der Bund hat ja bereits in den vergangenen 12 Jahren sein Einvernehmen für die Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan niemals förmlich erteilt.

Völlig unverständlich ist es, dass die Grünen den Beschluss der Innenministerkonferenz vom Dezember 2015, mit dem die Innenminister die Tür für Abschiebungen in angeblich sichere Regionen aufstießen, nicht grundsätzlich in Frage gestellt haben. Sind die Grünen überhaupt noch auf Ballhöhe? Sind die grünen Autorinnen und Autoren des Papiers noch willens, die aktuellen Berichte über die verschärfte Sicherheitslage, über die verzweifelte Situation der explodierenden Zahl von Binnenflüchtlings und die Versorgungssituation der Zwangsrückkehrer aus Pakistan zur Kenntnis zu nehmen?

Es fehlt offenbar der politische Wille, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Anders ist es wohl nicht zu erklären, dass das Grünen-Papier den Schluss zieht, dass es aktuell darauf ankommt, Vereinbarungen mit dem UNHCR und der Organisation für Migration (IOM) zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Rückführungen zu treffen gelte. Niemand, und schon gar nicht IOM, deren Bereitwilligkeit, die Feigenblattfunktion bei der „erzwungenen Freiwilligkeit“ die Flüchtlingsbewegung seit Jahrzehnten kritisiert hat, ist praktisch in der Lage, Flüchtlinge nach ihrer Ankunft mit der nötigen Nachhaltigkeit zu unterstützen. Wir hätten die Grünen eher auf Seiten derer verortet, die sich die vermutlich entstehenden potemkinschen Dörfer der Rückkehrunterstützung und die Situation der Rückkehrer/Abgeschobenen in Afghanistan vor Ort kritisch anschauen.

Es gibt historische Momente, in denen es ganz besonders darauf ankommt, eine Linie zu halten. Das Grünen-Papier ist nicht nur eine verpasste Chance, sondern wird von großen Teilen der Flüchtlingsbewegung und der Menschenrechtsaktivisten in diesem Lande als ein Schlag ins Gesicht empfunden. Es dürfte auch sehr viele Mitglieder der Grünen geben, die sich seit Jahren für Flüchtlinge einsetzen und wenig Verständnis für solch leichtfertige Abschiebungsbegleitung aus der grünen Ländernomenklatura haben.

In großer Sorge verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen
Günter Burkhardt